

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 88. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 29. April 2010

**1. Abgeordnete
Jens Guth und
Margit Mohr (SPD)**

Auswirkungen des Vulkanausbruchs in Island auf Flugverkehr, Flugpassagiere und Wirtschaft im Land

Nach dem Vulkanausbruch am Eyjafjalla-Gletscher in Island war der Luftraum über Deutschland Mitte April 2010 aufgrund möglicher Gefahren durch Vulkanasche gesperrt worden. Dies betraf in Rheinland-Pfalz und in der Region die Flughäfen Frankfurt am Main und Frankfurt-Hahn. Anschließend waren den Fluggesellschaften für Sichtflüge Sondergenehmigungen des Luftfahrtbundesamtes erteilt worden. Dieses Vorgehen wurde von der Deutschen Flugsicherung und von der Vereinigung Cockpit stark kritisiert. Bundesverkehrsminister Ramsauer stand insgesamt wegen einem mangelnden Krisenmanagement und einem von Medien und Passagieren so bezeichneten „Chaos im deutschen Flugverkehr“ stark in der Kritik.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die durch den Vulkanausbruch in Island bedingte Sperrung des deutschen Luftraums, insbesondere bezüglich Flugverkehr, Flugpassagieren und Wirtschaft im Land?
2. Wie hat der Flughafen Frankfurt-Hahn auf die Sperrung des Luftraums reagiert?
3. Welche Ansprüche können ggf. diejenigen Flugpassagiere geltend machen (Schadenersatz etc.), deren gebuchte Flugverbindungen auch noch nach Aufhebung der Sperrung des deutschen Flugraums weiter storniert wurden bzw. blieben?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die zurückliegende Zulassung von Sichtflügen im deutschen Luftraum nach der zuvor erst verkündeten Sperrung des Luftraums insbesondere hinsichtlich Sicherheit und Lärmschutz?

**2. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Alexander Licht (CDU)**

Mängel bei Ausschreibungen im Zusammenhang mit Investitionen am Nürburgring

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Weise wurden die Gewerke für die Investitionen der Nürburgring GmbH im Rahmen des Projekts „Nürburgring 2009“ ausgeschrieben?
2. Welche Personen oder welche Gremien haben entschieden, wie die entsprechenden Ausschreibungen erfolgen sollten?
3. In welcher Weise und mit welchem Ergebnis hat die Nürburgring GmbH geprüft, auf welcher rechtlichen, insbesondere auch europarechtlichen Grundlage die Ausschreibungen für die Investitionen zum Projekt „Nürburgring 2009“ zu erfolgen haben?
4. Mit welchen Maßstäben und Verfahrensweisen hat die Nürburgring GmbH über die Vergabe der Aufträge bei den Investitionen zum Projekt „Nürburgring 2009“ entschieden?

3. Abgeordnete
Günter Eymael und
Thomas Auler (FDP)

Auswirkungen des Flugverbots über Mittel- und Nordeuropa auf den Flughafen Frankfurt-Hahn

Das am 15. April 2010 zunächst für Nordeuropa und die norddeutschen Flughäfen geltende Flugverbot wurde am darauffolgenden Tag auf alle deutschen Flughäfen sowie auf ganz Mitteleuropa ausgedehnt. Die deutschen Flughafenbetreiber und Fluglinien sprachen von täglichen Verlusten in Höhe von bis zu 200 Millionen Euro. Die deutsche Flugsicherung hat am 21. April 2010 um 11.00 Uhr den Luftraum über Deutschland wieder komplett freigegeben. Auf dem Hunsrück-Flughafen Frankfurt-Hahn wurde der Flugbetrieb am 22. April 2010 um 6.00 Uhr wieder planmäßig aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche finanziellen Auswirkungen hat der vom 16. bis 22. April 2010 auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn eingestellte Flugbetrieb für die Betreiber des Hunsrück-Airports gehabt?
2. Welche Auswirkungen hatte das Flugverbot nach Erkenntnissen der Landesregierung auf die am Flughafen Frankfurt-Hahn verkehrenden Frachtflug- und Passagierflugunternehmen?
3. Mit welchen Maßnahmen wurde auf dem Hunsrück-Airport kurzfristig auf das knapp eine Woche bestehende Flugverbot reagiert?
4. Inwieweit und in welchem Umfang waren weitere in der Region um den Flughafen Frankfurt-Hahn angesiedelte Unternehmen wie Hoteliers, Einzelhändler und Spediteure von dem Flugverbot betroffen?

4. Abgeordnete
Michael Hörter und
Matthias Lammert (CDU)

Linksextremisten

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wird die Situation bezüglich Extremisten im Land eingeschätzt und sind insbesondere auch hier Aufmärsche bzw. Gegendemonstrationen angemeldet?
2. Gab es im Land linksextremistische Angriffe gegen Polizisten bzw. Polizeieinrichtungen?
3. Wie sind unsere Polizisten geschult, auch diejenigen, die zu bundesweiten Einsätzen gerufen sind?
4. Hält die Landesregierung eine Verschärfung des Strafrechts hinsichtlich Gewalt gegen Polizisten für notwendig?

5. Abgeordnete
Michael Hüttner,
Carsten Pörksen und
Hans Jürgen Noss (SPD)

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2009

Die Landesregierung hat jüngst die aktuellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2009 vorgelegt. Die rheinland-pfälzische Polizei hat im Jahr 2009 rd. 176 000 Fälle aufgeklärt. Mit einer Aufklärungsquote von 62,3 Prozent liegt Rheinland-Pfalz zum fünften Mal in Folge über der 60-Prozent-Marke und auf einem bundesweiten Spitzenplatz. Die polizeiliche Kriminalstatistik gibt Auskunft über Umfang, Struktur und Entwicklung ausgewählter polizeilich registrierter Straftaten bzw. Deliktsbereiche. Zum einen wird die seitens der Bürgerinnen und Bürger angezeigte Kriminalität, zum anderen die Kontrollkriminalität seitens der Polizei erfasst.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Zahlen der aktuellen Kriminalstatistik und welche Entwicklungen sind hier insbesondere zu erkennen?
2. Welche Erkenntnisse liefert die Kriminalstatistik für den Umfang und die Entwicklung bei Straftaten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen?
3. Welche Bedeutung kommt nach Maßgabe der Kriminalstatistik dem Alkoholeinfluss bei Straftaten zu?
4. Mit welchen Maßnahmen begegnet die Polizei bereits im Vorfeld Straftaten unter Alkoholeinfluss?

6. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Neue Berufsbilder in der Pflege

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit hält die Landesregierung das Vorhaben Baden-Württembergs, neue Berufsbilder für die Pflege zu erproben und bestehende Berufsbilder weiterzuentwickeln, auch in Rheinland-Pfalz für notwendig?
2. Inwieweit gilt dies insbesondere für die Weiterentwicklung der Pflegehelferberufe und für ein Berufsbild für einfache Tätigkeiten und Unterstützungsleistungen bei alltäglichen Verrichtungen?
3. Inwiefern gilt das insbesondere für den geplanten Studiengang für Pflegekräfte?
4. Inwieweit gilt das insbesondere für den ausbildungsbegleitenden Erwerb der Fachhochschulreife für verschiedene Fachberufe und mit Realschulabschluss?

7. Abgeordneter
Günter Eymael (FDP)

Herstellen der Verkehrssicherheit von Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen nach dem sehr kalten Winter in Rheinland-Pfalz

Ein ungewöhnlich schneereicher und kalter Winter liegt jetzt hinter uns. Neben den hiermit einhergehenden teilweise sehr starken Verkehrsbehinderungen sind nun die Folgen von Schnee, Eis und Frost auf den Straßen von Rheinland-Pfalz zu beseitigen und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch ist aufgrund der schweren Winterschäden die geschätzte Schadenshöhe bei Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen?
2. Nach welcher Prioritätenliste werden die betroffenen Straßen wieder in Stand gesetzt?
3. Welche finanziellen Mittel aus dem derzeitigen Bundes- und Landeshaushalt stehen für Sanierungszwecke grundsätzlich zur Verfügung?
4. Welche zusätzlichen Mittel aus dem Bundes- und Landeshaushalt sind notwendig, um die Verkehrssicherheit wieder herzustellen?

8. Abgeordnete
Peter Wilhelm Dröscher
und Bettina Brück (SPD)

Einstellung der Projektförderung für NAKOS durch das BMFSFJ

Die NAKOS koordiniert die Selbsthilfegruppen und -kontaktstellen und wurde seit 1992 vom BMFSFJ gefördert, zuletzt 2009 mit 260 000 Euro, was einen Anteil von 40 % des Gesamtetats ausmachte. Bei den Haushaltsberatungen im Bundestag ist der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion auf Weiterförderung mit den Stimmen der Koalition abgelehnt worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die seit der Ablehnung des entsprechenden Antrags der SPD-Bundestagsfraktion auf Verlängerung der bisherigen finanziellen Unterstützung in Höhe von zuletzt 260 000 Euro im Jahr 2009 absehbare Einstellung der Förderung für NAKOS durch das BMFSFJ mit Blick auf Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Bedeutung der Selbsthilfe und damit auch der Prävention?
3. Wie fördert die Landesregierung die Selbsthilfe in Rheinland-Pfalz?

9. Abgeordnete
Thomas Weiner und
Arnold Schmitt (CDU)

Fledermaus-Projekt

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen werden im Zusammenhang mit dem Fledermaus-Projekt gefördert, für das Umweltministerin Conrad vor kurzem 180 000 Euro zugesagt hat?
2. In welcher Höhe wird das Projekt aus welchen Quellen kofinanziert?
3. Welches sind die Ziele der Förderung?
4. Welche vergleichbaren Projekte werden aus Landesmitteln gefördert?

10. Abgeordnete
Martin Brandl und
Bettina Dickes (CDU)

Besetzung von Schulleitungspositionen an Realschulen plus

An den neu geschaffenen Realschulen plus werden gegenwärtig die Schulleitungspositionen ausgeschrieben, auch wenn sie aus bestehenden Vorgängerschulen hervorgegangen sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen haben sich Schulleitungsmitglieder von Vorgängerschulen auf Schulleitungspositionen der neuen Realschule plus beworben?
2. In wie vielen Fällen waren diese Bewerbungen nicht erfolgreich?
3. In wie vielen Fällen folgte die ADD nicht der Beschlussempfehlung des kommunalen Schulträgerausschusses zur Besetzung einer Schulleitungsposition an einer neuen Realschule plus?
4. Wie bewertet die Landesregierung diese Vorgehensweise für den Schulfrieden der neu entstehenden Realschulen plus?

11. Abgeordnete
Margit Mohr und
Heiko Sippel (SPD)

Geplantes Entflechtungsgesetz – aktueller Stand

Das vom Bundeswirtschaftsministerium geplante Entflechtungsgesetz war innerhalb der Bundesregierung auf Kritik gestoßen. Mit dem Gesetz soll aus Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums für das Bundeskartellamt eine Befugnis geschaffen werden, Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung als Ultima Ratio zu zerschlagen bzw. zu Teilverkäufen zu zwingen, wenn ein Monopolunternehmen den Wettbewerb behindert oder unterbindet. Ziel soll nach Absicht des Bundeswirtschaftsministers sein, hierdurch den Wettbewerb zu stärken. In Rheinland-Pfalz werden mittelstandfreundliche Rahmenbedingungen bereits besonders unterstützt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der derzeitige Diskussionsstand zu einem geplanten Entflechtungsgesetz innerhalb der Bundesregierung?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die von Seiten verschiedener Wirtschaftsverbände geäußerte Kritik an einem geplanten Entflechtungsgesetz?
3. Könnte ein Entflechtungsgesetz auch kleine und mittlere Unternehmen im Land im Wettbewerb stärken?
4. Kann die Landesregierung ggf. tätig werden, um den Bundeswirtschaftsminister in seiner Absicht zu bestärken, innerhalb der Bundesregierung für mittelstandfreundlichere Rahmenbedingungen nach rheinland-pfälzischem Vorbild zu werben?

12. Abgeordnete
Nicole Morsblech (FDP)

Schulartspezifische Lehrerfort- und -weiterbildung

Der Philologenverband Rheinland-Pfalz kritisiert, dass im Jahr 2010 die Schulart Gymnasium bei dem Institut für Lehrerfortbildung (IFB) im Gegensatz zu anderen Schularten kaum noch vorkomme.

Auch die für dieses Jahr vorgesehene Überführung der drei pädagogischen Serviceeinrichtungen zu einem Landesinstitut würde keine Verbesserung versprechen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche schulartspezifischen Fort- und Weiterbildungsangebote sieht das IFB im Jahr 2010 für die jeweils einzelnen Schularten vor?
2. Wie wird der Geschäftsverteilungsplan des neuen Landesinstituts aussehen?
3. Auf welche Weise wird die Ausgewogenheit schulartspezifischer und themenzentrierter Fortbildungsangebote im neuen Landesinstitut sichergestellt?
4. Mit welchen Maßnahmen möchte die Landesregierung auf die Kritik des Philologenverbandes reagieren?

13. Abgeordnete
Hedi Thelen und
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)

Position der Landesregierung zu Reformforderungen bezüglich der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Wir fragen die Landesregierung:

1. Befürwortet die Landesregierung einen Verzicht auf die Anrechnung von Vermögen bei der Grundsicherung für Arbeitslose, wie dies kürzlich in einem Beschluss des Präsidiums der Bundes-SPD gefordert worden ist?
2. Sollte der Ministerpräsident politisch nicht ausreichend auf seine ablehnende Haltung hingewiesen haben, mit der er sich in der 11. Plenarsitzung schon gegen einen Antrag der CDU-Fraktion aussprach, der forderte, Leistungen zur Altersvorsorge durch Bildung von Wohneigentum oder von Vermögen hierfür in größerem Umfang von der Anrechnung freizustellen?
3. Hält es die Landesregierung für gerecht, die Finanzierung der Forderung zur vollständigen Nichtanrechnung von Vermögen über Steuererhöhungen z. B. für Einkommen, Vermögen oder Erbschaften zu lösen?

14. Abgeordnete
Friederike Ebli und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)

Zukunft der Psychiatrischen Institutsambulanzen

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat im letzten Jahr den Vertrag zu den Psychiatrischen Institutsambulanzen nach § 118 Abs. 2 SGB V gekündigt und beabsichtigt, gemeinsam mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wesentliche Vertragsänderungen durchzusetzen.

Um eine drohende Verschlechterung in der Versorgung psychisch Kranker abzuwenden, haben verschiedene Fachverbände, die Länder, insbesondere auch Rheinland-Pfalz, und die Selbsthilfeverbände mehrfach und massiv ihren Protest gegenüber BMG, KBV und GKV geäußert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Verschlechterungen ergeben sich in der Versorgung psychisch Kranker, wenn die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und dem Spitzenverband der GKV seit der Kündigung des bisherigen Vertrages im vergangenen Jahr geplanten Änderungen Bestandteil eines neuen Vertrages zu Psychiatrischen Institutsambulanzen werden?
2. Was hat die Landesregierung unternommen, um die Arbeit der Psychiatrischen Institutsambulanzen zu sichern?
3. Wie ist der aktuelle Stand der Vertragsverhandlungen und wie ist die Zukunft der Psychiatrischen Institutsambulanzen vor diesem Hintergrund zu bewerten?

15. Abgeordnete
Kathrin Anklam-Trapp
und Clemens Hoch (SPD)

Geschützte Markennamen im Weinbau

Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz konnte erreichen, dass fünf geologische Begriffe für Weinmarken beim Deutschen Patentamt in München gestrichen wurden. Gelöscht wurden nach Auskunft der Landwirtschaftskammer neben allgemein gebräuchlichen Begriffen insbesondere die Bezeichnungen „Kalkstein“, „Porphy“ und „Roter Schiefer“. Bereits im Juni 2008 habe die Landwirtschaftskammer mehrere Löschungen von Namensrechten beim Patentamt in München veranlassen können. Medienberichten zufolge hatten zudem mehrere Winzer in Rheinland-Pfalz Abmahnungen von auf gewerblichen Rechtsschutz spezialisierten Anwaltskanzleien erhalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche allgemein gebräuchlichen Bezeichnungen und Begriffe im Weinbau, die zuvor beim Deutschen Patentamt geschützt waren, konnten nach Intervention der Landwirtschaftskammer gestrichen werden?
2. In welchem Zusammenhang wurden diese Bezeichnungen und Begriffe zuvor von Weinbaubetrieben verwendet, etwa auf Etiketten oder zur Bewerbung des Weinbaubetriebs im Internet?
3. In welchem genauen Umfang sind der Landesregierung Abmahnungen bezüglich einer Verwendung von geschützten Bezeichnungen bzw. Markennamen an Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz bekannt?
4. Wie kann die Landwirtschaftskammer die Weinbaubetriebe hierbei unterstützen und beraten?

16. Abgeordnete
Dorothea Schäfer,
Simone Huth-Haage und
Thomas Weiner (CDU)

Projekt Beweidung des Stolzenberger Hangs

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung an dem von Umweltministerin Conrad bisher unterstützten Projekt der Beweidung des Stolzenberger Hangs im Aلسenztal fest?
2. Welche Ziele werden damit verfolgt?
3. Welche Finanzierung und Kofinanzierung ist vorgesehen?
4. Welche Konsequenzen werden die örtlichen Proteste haben?

17. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)

Bildungsausgaben je Schüler im Bundesvergleich

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Bildungsausgaben je Schüler gegliedert nach allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den anderen Bundesländern in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
2. Wie erklärt die Landesregierung die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bildungsausgaben im Verhältnis zu den anderen Bundesländern?
3. Worin liegen die Gründe für die Position von Rheinland-Pfalz?
4. Wie bewertet die Landesregierung die bundesweite Platzierung im Bereich der Bildungsausgaben pro Schüler?

18. Abgeordnete
Margit Mohr,
David Langner und
Alfons Maximini (SPD)

Kürzung der Solarförderung durch die Bundesregierung

Nach Medienberichten hat man sich in einer koalitionsinternen Arbeitsgruppe zu offenen Streitfragen in der von der Bundesregierung angestrebten Kürzung der Solarförderung einigen können. So soll es trotz des heftigen Widerstandes gerade der ostdeutschen Bundesländer und der Solarbranche bei der schon vom Bundeskabinett gebilligten Kürzung der Solarförderung bleiben. Die Förderung soll Medienberichten zufolge ab Juli auf Dachflächen um 16 Prozent und für die meisten Freiflächen um 15 Prozent gekürzt werden. Auf Ackerflächen soll dagegen weiter keine Subventionierung mehr vorgesehen sein. Eine weitere Änderung nach den Koalitionsgesprächen soll beim Eigenverbrauch von Solarstrom erfolgen. Hier sollen nun engere Fördergrenzen gezogen werden. So sei vorgesehen, dass der Bonus gegenüber ins Netz gespeisten Strom von acht Cent pro Kilowattstunde erst ab 30 Prozent Eigenverbrauch gezahlt wird. Zudem solle die Eigenverbrauchsregel nur für Anlagen bis 500 Kilowatt gelten, bisher waren 800 Kilowatt vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Ergebnisse der koalitionsinternen Arbeitsgruppe aus rheinland-pfälzischer Sicht?
2. Wird nach Ansicht der Landesregierung mit den aktuellen Ergebnissen der koalitionsinternen Arbeitsgruppe der vorgetragenen Kritik gerade der ostdeutschen Bundesländer, der Solarbranche und des Bundesrats ausreichend Rechnung getragen?
3. Welche Folgen haben nach Ansicht der Landesregierung die Kürzungspläne bei der Solarförderung für die rheinland-pfälzische Wirtschaft, insbesondere für die Handwerksbetriebe?

19. Abgeordnete
Bettina Dickes (CDU)

Auswirkungen der Schulbuchausleihe auf den örtlichen Buchhandel

Aktuell wird in Rheinland-Pfalz der Buchhandel angefragt, inwieweit er an der Lernmittelausleihe mitwirken will. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass insbesondere viele kleinere Buchläden die ihnen gestellten Aufgaben nicht erfüllen können und auf den in Aussicht gestellten Umsatz verzichten müssen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Für wie viele Schulen werden in den kommenden Monaten Schulbücher im Rahmen der Lernmittelausleihe bestellt?
2. Wie viele Buchhandlungen wurden von den Schulträgern bisher angesprochen, inwieweit sie sich an der Lernmittelausleihe beteiligen?
3. Wie viele Buchhandlungen haben aufgrund der zu großen Aufgabenbelastung, gegliedert nach Betriebsgröße, eine Beteiligung abgelehnt?
4. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung vor dem Hintergrund ihres Versprechens, den regionalen Buchhandel bei der Durchführung der Lernmittelausleihe angemessen zu berücksichtigen?